

Kooperation zwischen Hochschule und Arbeitswelt

Dargestellt am Beispiel der *Humboldt-Universität zu Berlin*

Markus Obstück, Sven Vollrath, Beate Meffert

Derzeit werden Forderungen aus der Arbeitswelt im Ausbildungsangebot der Hochschulen und Universitäten kaum berücksichtigt, weder inhaltlich noch strukturell. In Studien- und Prüfungsordnungen sind Lehrveranstaltungen, die sich auf das spätere Berufsfeld beziehen, nur ausnahmsweise aufgeführt. Die Ursache liegt hauptsächlich darin, daß die Erfahrungen, die die Absolventen in ihren ersten Berufsjahren sammeln und die »rückblickende« Einschätzung der Qualität ihrer Ausbildung bei der Evaluation der Lehre nur wenig Berücksichtigung finden. Auch die Wissenschaftsentwicklung an den Hochschulen orientiert sich nur unzureichend an den Problemen der Arbeitswelt. Eine Verbesserung dieser Situation wird von den bereits an einigen Universitäten vorhandenen Kooperationsstellen des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet. Mit Unterstützung dieser Institutionen können die Hochschulen ihrer Aufgabe als öffentliche Einrichtung besser gerecht werden, indem sie

aus dem Berufsleben Impulse aufnehmen und auf ihr gesellschaftliches Umfeld zurückwirken. Auch an der Humboldt-Universität wird jetzt eine solche Kooperationsstelle aufgebaut. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben wird die Durchführung eines Pilotprojekts »Studierende und Arbeitswelt« sein, das Gegenstand dieses Artikels ist.

1. Hochschullandschaft Berlin

Im geteilten Berlin hatten sich zwei völlig verschiedene Hochschulbereiche entwickelt:

- ▶ im Westteil Berlins ein in die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern integriertes Hochschulsystem, dessen Ausbau zusammen mit der Förderung anderer Wissenschaftseinrichtungen aufgrund der besonderen politischen Lage die Standortnachteile ausgleichen sollte;
- ▶ im Ostteil der Stadt ein Hochschulsystem, das durch die starke Konzentration von wissenschaftlichen Einrichtungen ein zentralisierter Wissenschaftsstandort war, der Hauptstadtfunktionen für die DDR besaß.

Mit dem Vereinigungsprozeß stand ab 1990 vor dem Land Berlin die Aufgabe, diese in Struktur und Zielrichtung so unterschiedlichen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenzuführen und neu zu ordnen (vgl. *Daxner* 1994).

Derzeit bestehen in der Trägerschaft des Landes Berlin insgesamt zwölf staatliche Hochschulen. Es handelt sich um drei Universitäten, fünf Fachhochschulen und vier Kunsthochschulen. Die Hochschulen des Landes gehören zu den größten Arbeitgebern der Stadt; an ihnen sind etwa 33 000 Personen beschäftigt. Das Studienangebot in Berlin ist breit und differenziert. An den Berliner Universitäten und Hochschulen existieren insgesamt rund 300 Hauptfachstudiengänge. Auch deshalb ist Berlin ein außerordentlich attraktiver Studienort (vgl. Landeshochschulstrukturkommission 1992 und Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung 1993). So gibt es derzeit rund 140 000 Studierende in der Stadt, was die finanziellen Kapazitäten des Landes offenbar weit überfordert. Daher hat der Senat von Berlin in seinem Sparkonzept vom Frühjahr 1996 eine Begrenzung der Studienplatzkapazität auf 85 000 Plätze festgelegt, die bis zum Jahre 2003 erreicht werden soll. Diese Planung hat einen erheblichen Personalabbau an den Hochschulen zur Folge, und es ist noch nicht abzusehen, ob die sich weiter verschlechternde Haushaltslage des Landes Berlin weitere Kürzungen im Wissenschaftsbereich zur Folge haben wird.

Der immense Stellenabbau wird auch Auswirkungen auf die Kooperation mit der Hochschule haben. Wenn es gelänge, die Zusammenarbeit zu intensivieren, könnten Finanzdefizite im Wissenschaftsbereich gemildert werden.

2. Die Humboldt-Universität zu Berlin nach ihrer Umstrukturierung

Die *Humboldt-Universität* zu Berlin verfügt gegenwärtig über 505 Professuren und ca. 1 200 Mitarbeiterstellen, davon etwa 85 Prozent Qualifikationsstellen (ohne Medizin). Inzwischen sind über 90 Prozent dieser Professorenstellen neu besetzt, wobei nahezu 2/3 der jetzigen Stelleninhaber aus den alten Bundesländern kamen.

Im Frühjahr 1994 hat sich die *Humboldt-Universität* eine neue Struktur ihrer wissenschaftlichen Fächer gegeben: aus den ehemals 25 Fachbereichen wurden in einer für den vielgescholtenen Erneuerungswillen deutscher Hochschulen einmaligen Arbeit 11 Fakultäten gebildet, die effektiv, leistungsstark und interdisziplinär zusammenarbeiten können. Schon heute sind erste Ergebnisse sichtbar. Beispielsweise wurden der Universität von der Deutschen Forschungsgemeinschaft acht interdisziplinäre Graduiertenkollegs bewilligt.

In den vergangenen Jahren ist die *Humboldt-Universität* durch zahlreiche Außenkontakte zu wissenschaftlichen Institutionen, Verbänden und Organisationen, den Medien des In- und Auslandes, zu einem attraktiven Standort des öffentlichen Disputs geworden. Hier treffen sich Studierende und Wissenschaftler, Politiker und

Künstler aus Ost- und Westdeutschland, Ost- und Westeuropa, der »Ersten« und der »Dritten« Welt, um über die akuten Fragen der Zeit zu diskutieren und Lösungsstrategien für die Problemfelder zu finden.

3. Wechselwirkungen Hochschule – Arbeitswelt

Auf dem Gebiet der Forschung sind die Verbindungen der Hochschulen zu anderen gesellschaftlichen Einrichtungen allgemein gut ausgebaut. Dagegen sind Verbindungen der Universitäten zur Arbeitswelt kaum etabliert. Aber gerade dort bestehen große Reserven, z.B. für einen vertieften Praxisbezug der Ausbildung, der den Einstieg der Studierenden in das Berufsleben erleichtern könnte, oder für die Weiterbildung von Arbeitnehmern. Zur Erschließung dieser Reserven sind bundesweit an 16 Universitäten Kooperationsstellen eingerichtet worden, die mit Unterstützung der *Hans-Böckler-Stiftung* das globale Ziel verfolgen, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Arbeitswelt der jeweiligen Region mit Leben zu erfüllen (vgl. *Bamberg u.a.* 1979). Die wesentlichen Aufgaben dieser Kooperationsstellen sind in Vereinbarungen festgelegt, die in der Regel zwischen der Hochschule und dem DGB-Landesbezirk geschlossen wurden. Dazu gehören:

- Einbeziehung von Fragen der modernen Arbeitswelt in die Forschung,
- Integration sozialer und soziokultureller Fragen in die Lehre und Ausbildung,
- Weiterbildung Erwerbsloser und Beschäftigter in der Hochschule und der Arbeitswelt.

Diese allgemeinen Ziele der Kooperation sollen durch folgende konkrete Leistungen erreicht werden:

- ▶ Förderung relevanter Forschung durch die Universität,
- ▶ Einbeziehung des DGB in die Forschungsplanung und regelmäßige Berichterstattung an den DGB,
- ▶ Beteiligung der Gewerkschaften an der Weiterbildung,
- ▶ Beratung und Unterstützung der Universität durch die Gewerkschaften, besonders bei berufspraktischen, soziologischen und ökonomischen Fragen,
- ▶ Konzipierung und Durchführung arbeitsweltbezogener und arbeitsweltnaher Forschungs- und Ausbildungsvorhaben.

Auch an der *Humboldt-Universität* wird jetzt eine derartige Kooperationsstelle eingerichtet. Vorerst sind zwei befristete Mitarbeiter für drei Jahre vorgesehen.

An der *Humboldt-Universität* bringt der Aufbau einer Kooperationsstelle wegen der großen politischen und hochschulpolitischen Veränderungen spezifische Probleme mit sich. Hier existieren keine langjährig gefestigten Wissenschafts- und Forschungsstrukturen, zumal die Um- und Neustrukturierungen gerade erst abgeschlossen sind. Außerdem ist es wegen der gegenwärtigen

Personal- und Ressourcenprobleme schwierig, realistische konzeptionelle Überlegungen anzustellen, insbesondere wenn diese das Gesamtprofil der Hochschule betreffen.

Für die Etablierung und die Wirksamkeit einer Kooperationsstelle eröffnen diese Prozesse aber auch besondere Chancen: Sie wäre in der Lage, nicht nur auf bereits vorhandene Angebote in Lehre und Forschung zurückzugreifen, sondern könnte Themen und Fragestellungen selbst anregen und befördern, z.B. arbeitnehmerorientierte Forschungsprobleme in den Bereichen Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Politikwissenschaften.

4. Kooperationsprojekt »Studierende und Arbeitswelt«

Das vorgeschlagene Pilotprojekt »Studierende und Arbeitswelt« soll einen wesentlichen Bestandteil der Kooperationsbeziehungen zwischen der *Humboldt*-Universität und der Arbeitswelt bilden. Angeregt wurde der Projektantrag durch den DGB, seine Einzelgewerkschaften, die *Hans-Böckler*-Stiftung und die Autoren. An der *Humboldt*-Universität besteht großes Interesse an der Durchführung des Projekts, verspricht es doch, Ansätze zu Veränderungen von Studienstrukturen institutionen nah zu entwickeln und zu erproben.

Das Projekt basiert auf der Studie der »DGB-Kommission zum Antrag 245« vom Juni 1992 zur »Gewerkschaftlichen Organisation und Betreuung von Studentinnen und Studenten«, in der ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften für die verschiedenen Formen von Studierendenberatung, für den Aufbau einer berufsorientierten Bildungsarbeit, größere Praxisanbindung von Lehr- und Studieninhalten sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Institutionen der Arbeitswelt angeregt wird.

Das vorgeschlagene Projekt greift einige Aspekte aus der allgemeinen Diskussion um die Studienreform auf. Es möchte Reformansätze unter Berücksichtigung der konkreten Situation an der *Humboldt*-Universität weiterentwickeln und modellhaft erproben. Langfristiges Ziel soll es sein, die Studienstrukturen an der *Humboldt*-Universität so zu verändern, daß sie mit den sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarkts für Akademiker einerseits und dem geänderten Lebens- und Studierverhalten der Studierenden andererseits korrespondieren. Dabei geht es weniger um die Entwicklung theoretischer Konzepte, als vielmehr darum, mit Erkenntnissen aus der Studienreformdiskussion die Zusammenarbeit mit Praxispartnern aus der Arbeitswelt zu stärken. D.h., es soll eine Verknüpfung der Hochschule – als Element des Bildungssystems – mit dem Beschäftigungssystem erfolgen.

Die Hochschule ist in der heutigen Zeit längst nicht mehr ein Ort klassischer Bildung, an dem man nach dem Abitur akademische Grade erwirbt. Die Absichten der Studierenden, dieses oder jenes Studium aufzunehmen, haben sich in den letzten Jahren in hohem Maße

spezifiziert, sie sind individualisierte Phänomene geworden. Damit hat sich die Hochschule zu einem Ort unterschiedlichster sozialer Prägung entwickelt. Die Studierenden kommen nicht nur direkt vom Gymnasium, sondern haben teilweise eine Berufsausbildung absolviert oder erreichen die Universität über den »zweiten Bildungsweg«. Unterschiedlich sind auch die individuellen Ziele für den Besuch einer Universität. Längst verfolgt nicht mehr jeder Student traditionelle Bildungs-ideale. Teilweise besteht der Wunsch, in relativ kurzer Zeit eine Ausbildung zu erhalten, teilweise gibt es gänzlich andere Motivations-schwerpunkte, wie die Suche nach individueller Lebensgestaltung.

Allen diesen »inneren« Zugängen zu einem Studium muß eine Hochschule der Zukunft gerecht werden. Die Multifunktionalität des Ortes Universität wird künftig noch zunehmen. Wenn sich die Hochschulen auch unter diesem Gesichtspunkt als Stätten vielfältiger Ausbildungsformen verstehen, können sie zu einem Gradmesser ihrer eigenen Leistungsfähigkeit und Attraktivität werden. Studierwillige werden nämlich ihre Entscheidung für eine bestimmte Universität immer mehr davon abhängig machen, ob sie ihren Vorstellungen von individueller Studiengestaltung entspricht. Bisher spielen solche Fragen in der Realität der deutschen Hochschulen eine völlig untergeordnete Rolle. Die Notwendigkeit des hier diskutierten Projekts ergibt sich auch aus der immer wieder aufgeworfenen Frage, ob angesichts der ständig komplizierter werdenden ökologischen, technologischen und globalen Zusammenhänge in der Arbeitswelt an den Universitäten noch adäquat ausgebildet wird. Welche Art der Ausbildung ist die richtige? Wie kann eine berufsbezogene Qualifizierung (sei es in der Erstausbildung oder Weiterbildung) mit systematisch-kritischer Wissensvermittlung verbunden werden?

Wenn Mittelverteilungen an den Universitäten immer mehr anhand ihrer Erfolgsquoten erfolgen, wird auch die Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen eine immer größere Rolle spielen. Stärker als bisher muß es eine Universität interessieren, was aus ihren Absolventen wird, mit welcher Ausbildung sie welche Tätigkeit ausüben oder welche Arbeitsmarktentwicklungen zu beachten sind.

Das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) läßt Freiräume für reformerische Ansätze. So wird im § 8 BerlHG als Kern der Studienreform formuliert, daß »... Inhalte und Formen des Studiums im Hinblick auf die Entwicklungen in Wissenschaft und Kunst, die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendigen Veränderungen in der Berufswelt zu überprüfen und weiterzuentwickeln (sind). Die Studienreform soll gewährleisten, daß

- das Studium interdisziplinär und projektbezogen unter Berücksichtigung der Verbindung von Wissenschaft und Praxis angelegt wird,
- die Studieninhalte den Studenten und Studentinnen breite Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen...«

Das Projekt »Studierende und Arbeitswelt« bewegt sich zentral in diesem Rahmen. Bestandteile sind folgende Themenkreise:

- ▶ Präsentation und Auswertung von Arbeitsmarkt- und Berufsfeldanalysen,
- ▶ Gestaltung adäquater Studiensysteme, die auf ein gewandeltes und differenziertes Lebens- bzw. Studierverhalten eingehen,
- ▶ Aufbau und Gestaltung studieninhaltsbezogener Zusatzangebote,
- ▶ Ausweitung studienpraktischer Lehrangebote,
- ▶ Förderung projektorientierten Studierens,
- ▶ Gestaltung berufsorientierter Bildungsarbeit.

Die Einrichtung des Projekts »Studierende und Arbeitswelt« an der *Humboldt*-Universität ist auch aus einem weiteren Grund besonders interessant. Noch sind hier wie auch an anderen ostdeutschen Universitäten und Hochschulen die Krisensymptome der westdeutschen Hochschulen nicht so akut wahrzunehmen, die die dortige Diskussion um eine Studienreform und die daraus resultierenden hochschulpolitischen Maßnahmen hervorgerufen haben. Die ostdeutschen Universitäten sind – durch die politische Vereinigung – auch dieser Diskussion gewissermaßen beigetreten.

Daraus ergibt sich die nicht ohne weiteres zu beantwortende Frage, ob bestimmten sich abzeichnenden Entwicklungen präventiv begegnet werden kann, d.h., ob zumindest einige der negativen Entwicklungen an westdeutschen Universitäten zu verhindern sind. Insofern sind Ansätze des Projekts durchaus auch als eine Bereicherung der Diskussion zu verstehen, die auf den spezifischen Erfahrungen mit dem »Hochschulsystem Ost« und einem »Hochschulsystem im Übergang« seit 1989/90 aufbauen.

Das Pilotprojekt sieht vor, zwei bis drei Fächer (einzeln oder auch miteinander verknüpft) für Modellversuche auszuwählen. Hierfür sind Kooperationspartner in den Fakultäten/Instituten zu finden, die bereit sind und ein Interesse haben, sich für die entsprechenden Projekte zu öffnen, und ihre bisherigen Studienstrukturen einer Veränderung unterziehen bzw. komplementäre Angebote unterbreiten wollen. Die Erprobung sollte sich möglichst auf einen Studienzyklus von neun Semestern erstrecken, mindestens aber auf eine Hauptstudienphase von vier Semestern, damit in diesen Fächern anhand eines Jahrgangs Erfahrungen gesammelt und ausgewertet werden können. Für die erfolgreiche Durchführung des Projekts an der *Humboldt*-Universität sind die im folgenden dargestellten Teilprobleme wesentlich.

4.1 Arbeitsmarkt- und Berufsfeldanalysen

Nur selten erleben Studien- und Prüfungsordnungen eine Überprüfung hinsichtlich der Aktualität ihrer Inhalte. Sind sie einmal geschrieben, gelten sie meist über viele Jahre ungeprüft fort, ohne daß ihre Inhalte einer regelmäßigen Evaluation nach objektiven, fachbezogenen Kriterien (Integration neuer Wissenschaftsteilgebiete, Praxisbezug der Ausbildung, Einbeziehung von Ergebnissen der Arbeitsmarktforschung) unterzogen werden. Ansatz für diesen Teil des Projektes ist die Integration von Fakten und Erkenntnissen aus Arbeitsmarkt- und

Berufsfeldanalysen. Sieht man von dem Beruf des Wissenschaftlers an einer Hochschule einmal ab, so gibt es für viele akademische Abschlüsse keine Berufsfelder im klassischen Sinne. Anhand der Untersuchung von »Absolventenströmen« läßt sich aber nachvollziehen, für welche Berufsbilder bestimmte Studienfächer regelmäßig Absolventen »produzieren«. Hieraus lassen sich Schlußfolgerungen ziehen hinsichtlich bestimmter Profilierungen eines Studiengangs oder zusätzlicher Ausbildungsschwerpunkte (seien sie methodischer, systematischer oder ausbildungsinhaltlicher Art), die in der Arbeitswelt Interesse erwecken (vgl. Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz 1993).

Da Arbeitsmarktforschung in der Regel von den Universitäten kaum reflektiert wird, soll das genannte Projekt diese in den Fakultäten bekannt machen und die Diskussion mit den einschlägigen Fachvertretern auslösen. Erst wenn eine Abstimmung des Lehrangebots nicht nur im Hinblick auf die Entwicklungen in der Wirtschaft, sondern ebenso auf »die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendigen Veränderungen in der Berufswelt« (HRG § 8 Abs. 1, S. 1) als ein wichtiges Kriterium der Studiengangsgestaltung anerkannt und berücksichtigt wird, sind permanente Modifizierungen von Studien- und Prüfungsordnungen in den Studienfächern oder gar Modellversuche im Sinne des § 8 Berl-HG möglich. Berlin verfügt mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, dem Deutschen Institut für Wirtschaft, dem Bundesinstitut für Berufsbildung und weiteren Bildungsforschungseinrichtungen über eine Reihe von Forschungsinstitutionen, auf deren Ergebnisse im Rahmen des Projekts zurückgegriffen werden kann.

4.2 Berufsorientierte Bildungsarbeit

Der Übergang der Absolventinnen und Absolventen in das Arbeitsleben ist häufig sehr schwierig, da sich Hochschulen für sie *nicht mehr* und staatliche Institutionen oder die Arbeitswelt selbst *noch nicht* zuständig fühlen. An dieser Schnittstelle soll das Pilotprojekt ansetzen. Die studentische Resonanz dürfte – nach einer Anlaufphase und der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit – aufgrund der derzeit fehlenden Angebote groß sein. Bei vielen Studierenden ist gerade in Fragen der Berufsorientierung zu beobachten, daß leistungsorientiertes Studieren nicht zwangsläufig Klarheit in der Frage nach sich zieht, in welchem Arbeitsbereich man nach Beendigung des Studiums eigentlich arbeiten möchte. Wegen mangelhafter Vorbereitung und Orientierung gestaltet sich die neue Lebensetappe für nicht wenige Absolventen problematisch.

Denkbar wäre, an der Universität für angehende Absolventinnen und Absolventen ein qualifiziertes »Bewerbungstraining« anzubieten. Dies könnte durch berufsorientierte Beratung (individuell oder auch durch entsprechende Kursangebote) innerhalb der Hochschule erfolgen. Gerade weil die Hochschule für die Absolventen eine vertraute Umgebung darstellt, kann hier psychologisch einfühlsam beraten werden. Für diesen Teil des Projekts bietet sich eine Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern an.

Wichtig ist ebenfalls, mit Absolventinnen und Absolventen eines Studiengangs während der Zeit ihrer ersten Berufsjahre Kontakt zu halten, um die Erfahrungen für die Studierenden nutzbar zu machen. Es sollte möglich sein, einmal im Jahr einen Erfahrungsaustausch zwischen Absolventinnen und Absolventen und Studierenden zu organisieren, bei dem auch Arbeitgeber, zuständige Ministerien, Gewerkschaften, Arbeitsämter und Bildungsforschungseinrichtungen mitwirken sollten.

4.3. Flexibilisierung des Studiensystems

Wie bereits ausgeführt, stimmen die in Hochschulgesetzen, Verordnungen und Satzungen festgelegten Studienstrukturen mit den tatsächlichen Studienbedingungen an den Hochschulen nicht mehr überein. Das Studiensystem ist den völlig veränderten fiskalischen und kapazitiven Gegebenheiten ebensowenig angepaßt worden, wie der zunehmenden Vielfalt akademischer Bildung. Über diese Entwicklungen wird im Rahmen der Diskussion um eine allgemeine Reform des Hochschulsystems hinlänglich gestritten. Es ist offensichtlich, daß in vielen Fällen das Studium und der akademische Abschluß nicht von der beruflichen Perspektive bestimmt werden. Vielmehr stellt das Studium bereits heute eine Zeit unterschiedlicher, individueller Qualifikation dar. Außerdem hat sich bei den Studierenden das Verhältnis von Studieren und Arbeiten zuungunsten des Studierens verschoben. Ursachen sind der fortwährende Anstieg von Lebenshaltungskosten, von materiellen Ansprüchen und das immer teurer werdende Studium. Studierende sind deshalb in steigendem Maße auch Arbeitnehmer (vgl. GEW 1986).

Die Anpassung an diese neuen Bedingungen kann durch Veränderungen der Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Studienfächer erfolgen. Sie geben – aus der Sicht der Autoren – die Individualisierung von Studienmotivationen, Studiengestaltungen und Studienzielen bis zum heutigen Tag nicht oder völlig unzureichend wieder.

Aus der Perspektive der Studierenden soll das Projekt deshalb in zweifacher Hinsicht eine Flexibilisierung und Angebotsvervielfältigung in den Studien- und Prüfungsordnungen bewirken: Zum einen soll es dem individualisierten Lebens- und Studierverhalten der Studierenden konkret und einem gleichberechtigten System von Studieren und Arbeiten im allgemeinen gerecht werden können. Zum anderen soll neben der bisherigen Angebotsstruktur durch geeignete Kombination von Veranstaltungen auch eine berufsfeldorientierte, arbeitsmarktreflektierende Ausbildung ermöglicht werden.

Nicht nur unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, daß die Universitäten selbst neue Studienmodelle erproben, projektorientiertes Studieren befördern und die Ausbildung nach einem »Baukastenprinzip« gestalten, das auf den Studiengang und, wo möglich, auf das Berufsfeld zugeschnitten ist.

Da sich die Grenzen von Voll- und Teilzeitstudium, von akademischer Erstausbildung und Weiterqualifizierung ständig verschieben, müssen die Angebote der Hoch-

schule an diese Entwicklung angepaßt werden, d.h. veränderten individuellen und gesellschaftlichen Anforderungen (z.B. kooperativen Anforderungen an Arbeitsplätzen) ist auch im Bildungsbereich inhaltlich und strukturelle Rechnung zu tragen.

4.4 Erarbeitung von fachspezifischen und fachübergreifenden Studienzusatzangeboten

Innovationen auf dem Arbeitsmarkt und der Strukturwandel in den verschiedenen sozialen Sphären sind Themen, die unter Federführung der Kooperationsstelle zu Vorlesungsreihen innerhalb des *Studium generale* zusammengestellt werden sollen. Auch Workshops zu hochschulrelevanten und arbeitsweltorientierten Themen können Gegenstand des *Studium generale* sein.

Gleiches trifft auch auf die Vermittlung und Vergabe von Diplom- und Magisterarbeitsthemen in Verbindung mit Betrieben und Institutionen zu. Hierfür kann sich das Projekt ebenfalls als Informations- und Vermittlungsstelle etablieren. Diese Interessen sind von zwei Seiten zu verfolgen. Auf der einen Seite haben Institutionen der Arbeitswelt das Bedürfnis, eine Fragestellung von Studenten einer Universität genauer untersuchen zu lassen, bevor sie sich zu einer professionalisierten und kostenintensiven Vertragsvergabe an wissenschaftliche Institute entschließen. Auf der anderen Seite ist ein solches Projekt von Studierenden für eine praxisorientierte Abschlußarbeit nutzbar, die einen empirischen Zugang erfordert bzw. die Verbindung mit möglichen künftigen Berufsfeldern ermöglicht.

5. Schlußbemerkungen

Die Vorarbeiten zur Etablierung des Projekts sind derzeit abgeschlossen. Zahlreiche Gremien und Institutionen waren an der Vorbereitung beteiligt, ein inner- und außeruniversitäres Interesse für die Ziele der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt ist geweckt worden. Wegen der speziellen Probleme der *Humboldt-Universität*, insbesondere des großen Personal- und Stellenabbaus, bei dem allein noch im Jahre 1996 aufgrund auslaufender Verträge rund 600 weitere Mitarbeiter entlassen werden, war es oft schwierig, Akzeptanz für das beschriebene Projekt zu erlangen. Nun liegt es in den Händen der Mitarbeiter des Kooperationsprojekts und seinen Förderern, ob es sich zu einer leistungsstarken Einrichtung mit großer Außenwirkung entwickeln wird.

Marcus Obstück, Student in den Fächern Behindertenpädagogik/Kunsterziehung,

Sven Vollrath, Student in den Fächern Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft, beide sind Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Beate Meffert, Prof. am Institut für Informatik der Humboldt-Universität zu Berlin.